

Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ) e. V.

Geschäftsstelle Kaiserdamm 97, 14057 Berlin, Tel. 030 302 30 10, Fax 030 325 56 10

Kandidatenliste des Deutschen Arbeitskreises für Zahnheilkunde (DAZ) zur KZV-Wahl 2016

- 1) Dr. Celina Schätze, Innsbrucker Str. 33, 10825 Berlin
- 2) Dr. Detlef Bruhn, Beckerstr. 10, 12157 Berlin
- 3) Christiane Heckeroth, Chausseestr. 2a, 14109 Berlin
- 4) Dr. Esther Vogeley, Bleibtreustr. 38, 10623 Berlin
- 5) Bogdan Spring, Berliner Str. 97, 13507 Berlin
- 6) Jürgen Mombour, Melanchthonstr. 12, 10557 Berlin
- 7) Eberhard Sänger, Britzer Damm 63, 12347 Berlin
- 8) Dr. Rolf-Rainer Koch, Düppelstr. 38, 12163 Berlin
- 9) Dr. Enno Mijatovic, Pichelsdorfer Str. 140, 13595 Berlin



Wählen Sie richtig!

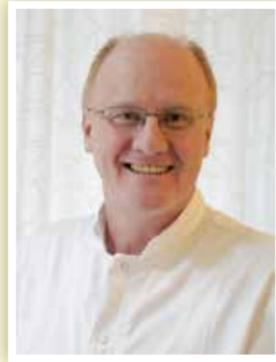
Wählen Sie die Liste des DAZ





Dr. Celina Schätze

Jahrgang 1956
Niederlassung seit 1988
in Schmargendorf
dann Schöneberg
Gutachterin Prothetik
langjährige Mitarbeit in
VV der KZV
DAZ-Vorsitzende



Dr. Detlef Bruhn

Jahrgang 1960
Niederlassung seit 1989
in Schöneberg
Gutachter Prothetik/
Implantologie
früher Vorstandsmitglied
der DGZI
unabhängiger Kandidat



Christiane Heckeroth

Examen 1981
Niederlassung seit 1993
in Wannsee
DAZ-Mitglied seit 1994
verheiratet,
2 erwachsene Söhne
DAZ-Mitglied



Dr. Esther Vogeley

Jahrgang 1952
Niederlassung seit 1984
in Charlottenburg
unabhängige Kandidatin



Bogdan Spring

Jahrgang 1968
Staatsexamen 1994
Niederlassung 1996 als
Juniorpartner in der Praxis
Peter Scharf & Partner
2001 in eigener Praxis in
Alt-Tegel
Mitgliedschaften
DGZMK, DGCZ,
DGP – Bln,
DAZ e.V.



Jürgen Mombour

Jahrgang 1949
Niederlassung seit 1985
in Moabit, Gemeinschafts-
praxis
Arbeit in Entwicklungshilfe,
Flüchtlingsbetreuung
unabhängiger Kandidat



Eberhard R. Sänger

Jahrgang 1952
Niederlassung seit 1982
in Gemeinschaftspraxis
in Neukölln
Seit 1989 Mitglied der APW
in der DGZMK
Seit 2003 KZV-Gutachter ZE
Seit 1992 ehrenamtlicher
Richter am Verwaltungs-
gericht
DAZ-Mitglied

Wir möchten als Vertreterinnen und Vertreter in der Vertreterversammlung der KZV – Berlin während der nächsten Legislaturperiode

die **Interessen** der versorgungsorientierten Vertragszahnärzte/innen wahrnehmen,
für **Transparenz** in den Entscheidungsabläufen sorgen,
für wirklich bessere **Sachleistungshonorare** streiten,
die **Sicherstellung** angemessener Sachleistungen betreiben,
die **Sachlichkeit** in der inneren Diskussion dominieren lassen,
sparsam und angemessen mit den Geldern der Kollegen/innen umgehen,
berufspolitisch vorgehen - statt nur uns selbst zu genügen,
dezent auftreten - ohne protzig aufzutrupfen,
eine echte **Qualitätssicherungsdiskussion** führen,
und die Zahnärzteschaft in sozialer Verantwortung repräsentieren.

Der DAZ fordert, dass die Strukturen innerhalb der KZV demokratischer werden. Die Entscheidungen des Vorstandes müssen für die Vertreter/innen der Zahnärzteschaft offengelegt werden und damit kontrollierbar sein. Die KZV ist unsere Interessenvertretung und nicht die Hofhaltung des Vorstandes. Die Ausschüsse müssen mit kompetenten und arbeitsfreudigen Personen aus allen berufspolitischen Verbänden besetzt werden, damit in den Vertreterversammlungen mehr Zeit für sachbezogene Diskussionen und die Erarbeitung von gesellschaftspolitisch relevanten Themen verbleibt. Denn die KZV – Berlin ist nicht der immer nur reagierende Durchlauferhitzer der Gesundheitspolitik.

Die Arbeit der KZV-Berlin als Interessenvertretung der Vertragszahnärzte/innen muss insgesamt politischer werden mit eigenen Initiativen, die vom Vorstand und der Vertreterversammlung erarbeitet werden. Die satzungsgemäßen Alltagsgeschäfte können von den Geschäftsführern/innen erledigt werden. So verbleibt mehr Zeit für eine systematische, wirkliche Standespolitik.

Der DAZ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen in der vertragszahnärztlichen Breitenversorgung der Bevölkerung ein. Deshalb brauchen wir bessere Honorare für die Kassenleistungen. Die Kollegen/innen, die sich in ärztlicher Verantwortung an dem normativen Versorgungsbedarf des individuellen Patienten orientieren, dürfen nicht länger als die Looser im System denunziert werden. Die Kollegen/innen, die häufig ihre Versorgungsplanung an dem Bedarf ihrer eigenen Praxis orientieren, sollten sich mit einer öffentlichen Debatte über diesen Missbrauch konfrontiert sehen.